

Ostpreußen nach 1945

Ein Versuch, Ostpreußens Entwicklung nach 1945 zu umreißen, muß sich angesichts der Unmöglichkeit eigener Einsichtnahme ausschließlich auf schriftliche Unterlagen stützen. Verfügbar sind solche zweifacher Art: Zustandsschilderungen und Erlebnisberichte vertriebener Deutscher, auch Kriegsgefangener, und Rechenschafts- und Propagandaberichte der heutigen Herren des Landes. Gemeinsam ist ihnen unverkennbare Tendenz, so daß ihre Auswertung begriffliche Vorsicht erfordert. Dazu fließen die Quellen von Jahr zu Jahr spärlicher, da der Strom der Flüchtlinge und Heimkehrer nahezu versiegt ist oder, sofern es sich um polnische Berichte handelt (sowjetische sind ohnehin kaum erhältlich), seit 1948/49 ihr Inhalt immer dürftiger wird. Immerhin liefert die Gegenüberstellung so verschiedenartiger Unterlagen doch ein recht anschauliches Bild, zumal für die ersten Nachkriegsjahre, in denen die Entwicklung grundsätzlich festgelegt wurde. Für die jüngste Zeit aber liegen noch genügend Einzelnachrichten vor, welche die Annahme rechtfertigen, daß auch die weitere Entwicklung, mindestens vorerst, unverändert verlaufen dürfte.

Die Darstellung muß sich auf Ostpreußen im engsten Sinne beschränken. Nicht berücksichtigt werden konnten die schon vor 1939 abgetrennten Gebiete, d. h. das Memelgebiet (dessen Entwicklung, u. a. infolge der Eingliederung in die Litauische Sowjetrepublik, vielfach anders verlief) und das Soldauer Land, das, obwohl zum historischen Masuren gehörig, nach 1945 nicht der Wojewodschaft Allenstein, sondern wie schon vor 1939 der Wojewodschaft Warschau zugeschlagen wurde (erst 1950 wurde es der Wojewodschaft Allenstein wieder angeschlossen). Auch der Regierungsbezirk Westpreußen mußte unberücksichtigt bleiben, da die verfügbaren Quellen kaum etwas über den bis 1945 zur Provinz Ostpreußen gehörigen Regierungsbezirk aussagen, der — mit Ausnahme des Kreises Rosenberg — der neugebildeten Wojewodschaft Danzig angefügt wurde. Immerhin sei darauf hingewiesen, daß für ihn grundsätzlich viel von dem hier über Ostpreußen Gesagten gilt, z. B. hinsichtlich der Vertreibung der altansässigen Bevölkerung, der Schwierigkeiten ihres Ersatzes durch polnische Neusiedler, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes u. a. m.

Die Darstellung umfaßt nur „Ostpreußen“ = das Gebiet der Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen und Allenstein, also das von der Sowjetunion als „Oblast Kaliningrad“ verwaltete Gebiet, sowie das polnische Verwaltungsgebiet, hier also die „Wojewodschaft Allenstein“ zuzüglich der drei masurischen Kreise Lyck, Treuburg und Goldap, die der Wojewodschaft Białystok eingegliedert sind (für diese liegt jedoch nur sehr wenig Material vor!).

*

Das sowjetische Verwaltungsgebiet (Königsberg und Umgebung) = 13 500 qkm mit einer Friedensbevölkerung von 1 165 837 Einw. (davon Regierungsbezirk Königsberg 6 881 qkm mit 733 199, Gumbinnen 6 621 qkm mit 432 638 Einw.), das der Sowjetunion durch die Potsdamer Vereinbarungen vorbehaltlich endgültiger Regelung durch einen Friedensvertrag übergeben wurde, ist bereits am 17. 10. 1945 formell der UdSSR eingegliedert worden. Wie die übrigen Gebietserwerbungen nach 1945 wurde es nicht als autonomes Gebiet konstituiert, sondern in die großrussische Sowjetrepublik (RSFSR) einbezogen; seit Juli 1946 ist es „Oblast Kaliningrad“. Die Grenze gegenüber dem polnischen Verwaltungsgebiet, durch ein polnisch-

sowjetisches Abkommen vom 16. 8. 45 nebst Demarkationsprotokoll vom 7. 5. 1947 festgelegt, verläuft hart nördlich einer fast geraden Linie Braunsberg-Goldap, wobei die Kreisstädte Heiligenbeil, Pr. Eylau, Gerdauen und Darkehmen in sowjetischem Besitz bleiben (über den genauen Verlauf siehe „Ostdeutschland“, Hand- und Nachschlagebuch, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, S. 11). Diese Grenze wird — wie überhaupt das ganze Gebiet, das der Sowjetunion von besonderer militärischer Bedeutung zu sein scheint — sehr streng überwacht, und die von dort kommenden Nachrichten sind höchst dürftig.

Gegenüber der Vorkriegsbevölkerung von rd. 1,2 Mill. wird die heutige Bevölkerung auf rd. 600 000 Menschen geschätzt (Th. Shabad, *Geography of the USSR*, New York 1951. S. 490). Es sind nahezu ausschließlich sowjetische Neusiedler aus Mittel- und Nordrußland (Brjansk, Smolensk, Nowgorod, Kostroma, Pensa); dazu kommen Fischer vom Schwarzen und Kaspischen Meer sowie Tataren, diese in Siedlungen unmittelbar um Königsberg zusammengefaßt. Von der deutschen Bevölkerung, die beim Einmarsch der Sowjets hier immerhin noch einige Hunderttausende zählte, sind kaum mehr Reste festzustellen. Erhebliche Teile sind, besonders in Königsberg, den Notjahren 1945-47 zum Opfer gefallen oder auch verschleppt worden; die letzten sind bis 1949 — teilweise über Litauen, wo sie Unterschlupf gefunden hatten — nach Deutschland abgeschoben worden.

Der heutige Zustand des Gebiets wird am besten durch Nachrichten aus Königsberg gekennzeichnet. Statt der früheren 372 000 zählt es heute 50—100 000 Einwohner (Russen, wozu einige deutsche Zwangsarbeiter kommen).

„Der vorherrschende Eindruck... liegt in dem Gegensatz zwischen neuer östlicher Lebensweise und den Trümmern europäisch-abendländischer Kultur. Inmitten niederbrochener Fassaden und gestürzter Portale, an denen sich die Jahresringe der Geschichte abzeichnen, bewegt sich die erschreckend gesichtslose Masse der neuen Zuwanderer — in ihrem uniformen Dasein... Was einst das Bild der Stadt war, ist heute eine riesige Schutthalde, eingefaßt vom Rahmen der bewohnten Außenbezirke“ (Christ u. Welt, 12. 7. 1951).

Dem Bevölkerungsschwund auf die Hälfte entspricht ein ebensolcher Niedergang der streng nach Sowjetmuster neuorganisierten Wirtschaft. Die Arbeitsergebnisse der Neusiedler in den Sow- und Kolchosen scheinen nur ein Mindestmaß zu erreichen, und die Beseitigung der Kriegsschäden ist, wenn überhaupt geplant, bisher kaum vorangekommen. Zunächst übertrieben erscheinende Nachrichten, daß fruchtbare Acker und Wiesen verschilt seien und die Steppe bis Gumbinnen und Insterburg vordringe, erfuhren kürzlich durch die Erklärungen des Sekretärs der Gebiets-KP-Organisation Černišev vor dem Moskauer Parteikongreß eine unerwartete Bestätigung. Hier folgten nämlich den Hinweisen auf die Aufbaufolge sehr deutliche Forderungen nach Verbesserung der Kolchos-Wirtschaft, vor allem aber nach Wiederherstellung der lebenswichtigen Meliorationsanlagen („Pravda“ Nr. 283 vom 9. 10. 1952). Die bisherigen Maßnahmen der Sowjetverwaltung verfolgten — von dem Ausbau der Hochseefischerei und der Fischkonservenfabriken abgesehen — doch wohl erst an zweiter Stelle wirtschaftliche Zwecke. Erstrebte wurden anscheinend vorwiegend militärische oder kriegswirtschaftliche Ziele. So ist die Wiederherstellung der Industriebetriebe in und um Königsberg, der Hafenanlagen (gerade auch in Pillau) zu werten, so auch der Wiederaufbau der Eisenbahnen und ihr Ausbau (mit Tilsit als Drehpunkt), wobei strategische Gesichtspunkte unverkennbar im Vordergrund stehen. Bezeichnend

ist auch, daß nach übereinstimmenden Nachrichten das Gebiet von strengbewachten Festungsanlagen, Raketen- und Radarstationen, Übungsplätzen u. ä. übersät ist. So dürfte es, wirtschaftlich vernachlässigt und durch Änderungen der Ortsnamen äußerlich völlig russifiziert (Übersicht der russischen Namen, „Ostdeutschland“, S. 147), heute in erster Linie „Ausfallsbastion der Sowjetunion gegen Westen“ sein.

*

Das polnische Verwaltungsgebiet südlich der skizzierten Linie umfaßt den größeren Teil der Provinz Ostpreußen: 20 563 qkm mit einer Friedensbevölkerung von 1 020 477 Einwohnern (insgesamt 23 489 qkm mit 1 322 285 Einw., abzügl. Regierungsbezirk Westpreußen 2 926 qkm mit 301 808 Einw.). Auch hierfür sahen die Potsdamer Beschlüsse nur Verwaltung durch Polen vor, während die endgültige Regelung ausdrücklich einem Friedensvertrag vorbehalten wurde. Ebenso wie die Sowjetunion hat aber auch Polen unter offener Nichtachtung der Rechtslage die ihm übergebenen Gebiete allmählich in sein Staatsgebiet eingegliedert. Nach vorangegangenen Beschluß des polnischen Ministerrats über die Aufhebung des (auch für Ostpreußen zuständigen) „Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete“ (30. 12. 1948) beschloß der polnische Sejm das Gesetz vom 12. Januar 1949, durch das die gesamten deutschen Ostgebiete, damit auch Ostpreußen, der allgemeinen Staatsverwaltung Polens unterstellt wurden. Es war nur die formelle Bestätigung einer seit 1945 folgerichtig betriebenen Politik.

Bereits im Februar 1945 hatte Polens Regierung von dem Kommando der „III. Weißrussischen Front“ die Übergabe der südlichen Grenzkreise erlangt, und am 30. März 1945 nahm der „Bevollmächtigte der polnischen Regierung für den Bezirk Masuren“, Dr. Jakub Prawin (gegenwärtig polnischer Gesandter bei der Sowjetzonenregierung in Ost-Berlin), mit seinem Stabe, den noch der damalige Wojewode von Białystok, Sztachelski, zusammengestellt hatte und dem auch Vertreter der polnischen „Masurenbewegung“ aus Soldau angehörten, seine Tätigkeit in Allenstein auf. Die nördlichen Kreise wurden im Mai—Juni 1945 von den Sowjets übernommen.

Polen hatte somit die Regierungsbezirke Allenstein und Westpreußen (Marienwerder) vollständig, sowie Teile der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen, insgesamt 28 Kreise, erhalten. Das übernommene Gebiet wurde — in Anknüpfung an den Namen seiner historischen Hauptlandschaft — zunächst amtlich als „Bezirk Masuren“ („Okręg Mazurski“) bezeichnet, aber bei dem weiteren Aufbau der polnischen Verwaltung fiel dieser Name und wurde auch die bisherige Gebietseinheit zerschlagen. Durch Beschluß des polnischen Ministerrats vom 7. Juni 1945 wurde der Regierungsbezirk Westpreußen — bis auf den Kreis Rosenberg — der neuentstandenen Wojewodschaft Danzig zugeschlagen; die östlichen Kreise Lyck, Treuburg und Goldap kamen zur Wojewodschaft Białystok. Das Restgebiet (19 093 qkm) wurde „Wojewodschaft Allenstein“. Namensänderung wie Gebietszerschlagung erfolgten gegen heftigen Widerspruch der wenigen mit diesem Gebiet wirklich verbundenen Polen, aber trotz ihrer unablässigen Bemühungen (sogar in Audienz beim polnischen Staatspräsidenten, August 1945) wurde der Zustand durch das Dekret über die Verwaltung der „Wiedergewonnenen Gebiete“ vom 13. 9. 1945 erneut bestätigt. Eine spätere Änderung der Verwaltungsgrenzen (31. Mai 1950), die der Wojewodschaft Allenstein den westpreußischen Kreis Löbau anfügte, erbrachte ihr von dem alten Gebiet Masuren nur den 1920 abgetrennten Kreis Soldau.

Die Beseitigung des Namens „Masuren“ für diese Gebiete war mehr als der Verzicht auf den (ohnehin nicht sehr aussichtsreichen) Versuch, die polnische Besitzergreifung mit dem sog. „Polentum“ der Masuren zu verknüpfen. Die wenigen Vertreter des Polentums, die nach der Abstimmungsniederlage von 1920 ihre Arbeit von Soldau aus fortgesetzt hatten, wollten die Masuren (und Ermländer) als „lebendes Zeugnis der historischen Rechte Polens“ zum Fundament des Neuaufbaus machen und damit beweisen, daß „das Polentum hier nicht erst eine Erscheinung von 1945“ sei („Przegląd Zachodni“ 1946, S. 398). Die neue polnische Verwaltung und ihre landfremden Beamten (ebenda, S. 690) zogen es vor, sich ausschließlich auf die Macht der vollzogenen Tatsachen bzw. die Neusiedler aus Polen zu stützen. Entsprechend gestaltete sich die Behandlung der bodenständigen Bevölkerung: es kam zu ihrer rücksichtslosen Austreibung.

Diese Behandlung der bodenständigen Bevölkerung („Autochthonen“) durch Polen, vor allem in den ersten Monaten nach der Besitzergreifung, hat zu heftigen Auseinandersetzungen und zu schweren Vorwürfen gegen die polnische Verwaltung geführt. Zwar waren bei der Bevölkerung nur noch ganz geringfügige Kenntnisse des Masurischen bzw. Polnischen vorhanden (von 35 „masurischen“ Teilnehmern, die man trotz ihres Mißtrauens im Dezember 1945 für einen Repolonisierungskursus der „Masurischen Volkshochschule“ in Passenheim gewonnen hatte, sprachen gerade noch 3 einigermaßen Masurisch; die übrigen hatten erhebliche Schwierigkeiten oder verstanden nur noch Brocken, Prz. Zach. 1946, S. 692). Jede Gefühlsbindung an das polnische Volk und seine Geschichte fehlte (ebenda S. 696), vor allem aber hätte das eindeutige politische Bekenntnis vor einem Vierteljahrhundert Warnung sein müssen. Trotzdem wären größere Versuche zu erwarten gewesen, die Erschütterung der Katastrophe von 1945 auszunutzen und gegebenenfalls unter Anwendung wirtschaftlicher Druckmittel möglichst zahlreiche Bestandteile der Ortsbevölkerung zum Polentum hinüberzuziehen. Zweifellos liefen dahin die Absichten derjenigen, die jetzt endlich die Abstimmungsniederlage von 1920 ausgleichen wollten, doch ist es dazu kaum gekommen. Vielmehr wurde die „Verifizierung“ der Bevölkerung so scharf durchgeführt, daß dem Rausch der Entdeutschungspolitik selbst zweifellose Masuren oder Personen polnischer Abstammung zum Opfer fielen und als Deutsche aus dem Lande getrieben wurden (Prz. Zach. 1947, S. 484). Die Proteste der „Autochthonen“ gegen das mangelnde Verständnis der hierfür zuständigen Beamten — das, wie der „Autochthonenkongreß“ in Warschau zeigte, übrigens keineswegs auf Ostpreußen beschränkt, sondern überall in den deutschen Ostgebieten zu beobachten war — hatten erst Erfolg, nachdem bereits „für das Polentum nicht wiedergutzumachende Schäden“ entstanden waren (Prz. Zach. 1946, S. 690). Dann allerdings erfolgte eine grundsätzliche Wende, und nun wurden sogar unzweifelhafte Deutsche am Verlassen des Landes gehindert bzw. zur „Option“ gezwungen, die heute nach polnischer Auffassung hier gleichbedeutend mit Erklärung für das polnische Volkstum ist. Die nach Deutschland gelangenden Briefe sind voller Klagen über die hierzu gegen die restlichen Deutschen angewandten Zwangs- und Terrormethoden. (In den abgetrennten ostmasurischen Kreisen hat man auf die alteingesessene Bevölkerung anscheinend wenig Wert gelegt und nur wenige davon zu „Masuren“ erklärt. Auch sind ihrer wenige zurückgehalten worden: die wenigen Deutschen, die im Rahmen der „Aktion Link“ nach Deutschland kamen, stammten aus diesen Kreisen.)

So ist der merkwürdige Zustand eingetreten, daß, nachdem jahrzehntlang die

polnische Propaganda dieses Gebiet gerade wegen seiner „polnischen“ Bevölkerung oder wegen der „germanisierten“ Polen beansprucht hatte, heute die alteingesessene Bevölkerung bis auf Bruchteile verschwunden ist. Die 80 000 „Autochthonen“ stellen gerade $\frac{1}{5}$ der Gesamtbevölkerung und spielen von Tag zu Tag eine geringere Rolle. Bezeichnend sind Nachrichten über rasches Hinschwinden der masurischen Mundart, der Sprache einer gegenwärtig bedeutungslosen Minderheit inmitten der polnischen Neusiedler.

Die Masuren sind heute Gegenstand rücksichtsloser Polonisierung, die vor allem durch Schule und Kirche, daneben auch durch Zwang in die neuentstehenden Kollektivwirtschaften gefördert wird. Sie teilen dieses Schicksal mit den in diesem Gebiet noch verbliebenen Deutschen, mit denen zusammen sie eine Gruppe von rd. 150 000 Menschen bilden (auf Grund kirchlicher Berechnungen, vgl. Ostpreußenblatt Nr. 18 vom 20. 9. 1951). Größere deutsche Inseln befinden sich in den Kreisen Sensburg und Ortelsburg, wo die deutsche Bevölkerung s. Zt. infolge der schlechten Verkehrslage von den großen Massenausiedlungen nicht voll erfaßt wurde. Ihre Lage hat sich, nachdem die Drangsalierungen der ersten Nachkriegsjahre ein Ende gefunden haben, in manchem gebessert; wirtschaftlich sind sie wie die Polen Opfer des allgemeinen Niederganges.

Während z. B. in Pommern und Schlesien die Deutschen weniger bedrängt werden, gibt es hier weder deutsche Schulen noch deutschen Gottesdienst. Anfängliche Versuche, die polnischen Schulen zu boykottieren, mußten fehlschlagen; dort unterliegen die Kinder rascher Polonisierung (auch in Waisenhäusern, die ausdrücklich „bedeutende Aufgaben der Repolonisierung“ erfüllen sollen, Prz. Zach. 1947, S. 1014). Weiter hat der Volkstumskampf auch die Kirche ergriffen. Hier sollen die Masuren von der Altpreußischen Union — nach polnischer Ansicht dem stärksten Rückhalt des Deutschtums in Masuren — getrennt und der Evang.-Augsburgischen Konfession Polens angeschlossen werden. Versuche, deutschen Gottesdienst unter Anknüpfung an alte Gemeinschafts- und Sektenformen zu bewahren, werden aufmerksam verfolgt und unter Einsatz „volksmissionarisch“ vorgebildeter Kräfte unterbunden (Ostpreußen-Warte vom Januar 1952).

In letzter Zeit wird auf die Deutschen, die man als Arbeitskräfte nicht entbehren möchte, stärkster Druck zum Bleiben ausgeübt; nicht weniger als 35 000 Umsiedlungswillige, die nachweislich zu ihren Angehörigen nach Westdeutschland wollen, werden zurückgehalten (Ostpr. Blatt Nr. 9 vom 15. 3. 1952). Da nach dem polnischen Gesetz über die Staatsangehörigkeit vom 8. Juni 1951 den hier ansässigen Deutschen die polnische Staatsangehörigkeit (nach polnischer Auffassung = polnische Volkzugehörigkeit) aufgezwungen werden kann, wird stärkster Druck zur „Option“ ausgeübt. Offensichtlich ist dabei auch beabsichtigt, die inzwischen herangewachsene deutsche Jugend für das polnische Heer zu gewinnen.

Den Hauptanteil der Bevölkerung stellen heute Polen, die seit 1945 als Neusiedler in das Land gekommen sind. Nachdem in der ersten Zeit der unregelmäßigen Siedlung vor allem Polen aus den angrenzenden Kreisen (Mława, Ostrołęka u. a.) gekommen waren, waren es später, schon im Zuge der gelenkten Ansiedlung, vor allem Umsiedler aus dem Wilnagebiet, dann als letzte größere Welle Bauern aus den Wojewodschaften Warschau, Lublin und Rzeszów. Kleine Siedlergruppen kamen aus der Ukraine oder gar der Mongolei. Die wilde Siedlung erfaßte vor allem kleine Bauernhöfe in den Grenzkreisen (z. B. Ortelsburg), und zwar ohne Rücksicht auf die Bodengüte. Die

Ansiedlung in Kolchosen ging auch nach polnischen Angaben nur langsam vorwärts; bis zum 1. 12. 1946 waren gerade 666 Familien auf 67 Gütern angesiedelt worden (Prz. Zach. 1947, S. 135). — Die nördlichen Kreise mußten lange auf polnische Siedler warten; die später dorthin geleiteten Transporte konnten „gewisse ungünstige Grenzkorrekturen“ nicht mehr verhindern (Prz. Zach. 1946, S. 580).

Die städtische Bevölkerung — vorwiegend Beamte mit ihren Familien — war am 1. Dezember 1946 mit rd. 131 000 Menschen gegenüber 167 054 auf dem Lande bereits reichlich hoch. Die Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft Allenstein erreichte damals 362 594 Polen (dazu zählte man auch die 64 248 „Autochthonen“) und 92 018 Deutsche, also 454 915, d. h. die Bevölkerungsdichte betrug 23 Einw. je qkm = die Hälfte der Bevölkerungsdichte des Gebiets vor dem Kriege.

Hält man dagegen, daß am 1. Januar 1949 die Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft nach amtlichen Angaben (Rocznik Stat. 1949, S. 19) 558 990 Einwohner, davon 165 299 Stadt- und 393 691 Landbewohner, betrug, der Siedlerstrom also in der Zwischenzeit gerade noch 50 000 im Jahresdurchschnitt erreicht hatte, so besagt das, daß die zunächst verkündeten Hoffnungen auf raschen Ersatz der vertriebenen Deutschen durch polnische Siedler fehlgeschlagen waren. Es ergingen wiederholt Aufrufe, um Bauern aus Zentralpolen zur Übersiedlung zu bewegen; die polnische Presse brachte Hinweise wie: „1 500 Höfe warten auf neue Besitzer“ („Życie Warszawy“, nach Ostpr. Blatt Nr. 7 vom 5. 3. 1952). Hohe wirtschaftliche Vorteile (Steuerbefreiung, Zuschüsse, zinslose Darlehen u. a. m.), auch Rundfunkansprachen wie die des Landwirtschaftsministers Dąb-Kociol gegen den „Konservatismus der Bauern“, die es vorzögen, auf der ererbten Scholle sitzen zu bleiben, sollten einen größeren Zustrom von Siedlern anlocken. Der Erfolg scheint bisher ausgeblieben zu sein, so daß die Möglichkeit zwangsweiser Umsiedlung erwogen wird (Radio Rom vom 25. 7. 1952) und man aus Mangel an Arbeitskraft sogar die Deutschen im Lande belassen muß, „obwohl die deutsche Bevölkerung in beunruhigender Weise wiederersteht“ (Prz. Zach. 1946, S. 581).

Erwähnt seien die Versuche, die verschiedenen Siedlergruppen untereinander und vor allem mit der alteingesessenen Bevölkerung bzw. der neuen Umgebung seelisch zu verbinden, aber „die kulturelle Verschmelzung geht sehr langsam vor sich... Die Maßnahmen sind oftmals rein mechanisch-oberflächlich“ (Prz. Zach. 1946, S. 581).

Besondere Sorge macht die Entwicklung der Städte, da man schon früh feststellen mußte, daß „einige Kleinstädte finanziell nicht lebensfähig wurden. Viele waren von den Deutschen aus politischen Gründen künstlich erhalten worden. Jetzt wurden einige davon in Landgemeinden einbezogen. Sollte, was zu fürchten ist, der Prozeß der Verwandlung von Städten in Dörfer weiter anhalten, so müßte man ihn aufhalten“ (Prz. Zach. 1947, S. 134). Der Prozeß war nicht aufzuhalten: ein amtliches Handbuch („Rocznik Polityczny 1949“, S. 242) nennt für die Wojewodschaft Allenstein am 1. 4. 1948 statt der übernommenen 41 nur noch 30 Städte. Zu Dörfern waren z. B. abgesunken: Frauenburg („die schlafende Stadt mit 60 Einwohnern“, Prz. Zach. 1946, S. 470), Saalau Krs. Mohrungen, Passenheim und Willenberg im Krs. Ortelsburg, — keine künstlichen Gründungen, sondern sämtlich Städte, die in die Ordenszeit zurückreichen. Das Bild des Abstiegs wird dadurch verwischt, daß von der Stadtbevölkerung (rd. 165 000) über 50 000 auf die Wojewodschafshauptstadt Allenstein entfallen. Um 10 000 Einw. und darüber haben Lötzen, Osterode, Rastenburg, Ortelsburg (infolge besonderer Wirtschaftsbedingungen); der

größte Teil der Städte hat 5 000 Einw. bisher nicht erreicht. Allenstein hat, ohne eigene Wirtschaftsleistung, für seinen beachtlichen Aufbau sämtliche Mittel des Gebiets verbraucht; für die übrigen Städte waren solche nicht mehr verfügbar. Wenn die Städte aber „entgegen der schädlichen Tendenz der Deutschen, die Städte nur als Verwaltungsorte zu werten, Wirtschaftszentren werden sollten, wofür wir heute wesentlich bessere Möglichkeiten besitzen“ (Prz. Zach. 1946, S. 471), so haben sich diese besseren Bedingungen bisher nicht gezeigt. Auch ist die geplante Förderung durch Behördenverlegung u. ä. noch nicht erfolgt oder wirkungslos geblieben. Jedenfalls führen diese Kleinstädte, „wo sich inmitten unkrautbewucherter Trümmer, niedergebrannter Fassaden und gestürzter Denkmäler eine gleichgültige Masse von ‚Neubürgern‘ bewegt, deren Hauptsorge Planerfüllung und Essensbeschaffung ist“ (Ostpr. Bl. Nr. 25 vom 5. 9. 1952), gegenüber dem einstigen Brennpunkt Allenstein weiter ein Leben fernster Provinz.

Hauptgrund ist dafür die „ungenügende Besiedlung des Dorfs“ (J. Nieroda, „Ostpreußens Städte“, Bromberg 1947, S. 13) und der daraus folgende Niedergang der Wirtschaft, insbesondere der ausschlaggebenden Landwirtschaft.

1945 hatte man erklärt: „Selbst wenn wir die unbewohnten Höfe und Dörfer dem Erdboden gleichmachen und weite Gebiete aufforsten müßten, — Ermland wird nie wieder zum Tummelplatz preußischer Kreuzritter und Junker werden“ (Ostpr. Bl. Nr. 25 vom 5. 9. 1952), hatte man große Pläne zur Aufforstung ganz Ostpreußens aufgestellt, wobei gerade noch die Pferdezucht berücksichtigt werden sollte, und ganz vergessen, „daß dort noch Menschen leben, ... die wir doch nicht ausrotten oder in die Fremde jagen möchten“ (Prz. Zach. 1946, S. 371). Es hat des Aufforstens nicht bedurft; Gras und Unkraut bedecken ohnehin die Vergangenheit... weite Landstrecken zwischen Elbing und Angerburg liegen brach (Ostpr. Bl. Nr. 25 vom 5. 9. 1952). Heute bemüht man sich, wie durchaus zu erkennen ist, um Wiederherstellung der Landeskultur, aber die Schäden sind zu groß und der Hände zu wenig, um jahrelange Vernachlässigung wiedergutzumachen oder gar große Pläne, an denen es nicht fehlt, zu verwirklichen. Entgegen der alten Propaganda, daß Ostpreußen von der deutschen Verwaltung einseitig entwickelt oder gar bewußt vernachlässigt worden sei, hat man sich selbst überzeugen müssen, daß Ostpreußens natürliche Bedingungen es eindeutig für Land- und Viehwirtschaft vorbestimmen, hierfür aber Boden- und Klimaverhältnisse keineswegs die günstigsten sind, — vor allem aber, daß noch längere Zeit erhebliche Mittel aus anderen Gebieten eingeschleust werden müßten (aus dem Programm der Wirtschaftskonferenz des „Baltischen Instituts“, Dezember 1946; Prz. Zach. 1947, S. 62). Man hat sich zunächst sogar damit begnügen müssen, die Ernährung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Das sollte im Jahre 1947 erreicht sein; die ersten (bescheidenen) Überschüsse wurden für 1948/49 gemeldet. Nachdem 1947 als Erklärung der geringen Erträge neben den schlechten Boden- und Klimabedingungen noch Unkraut- und Schädlingsplage, Mangel an Zugkräften, Düngemitteln u. a. genannt worden waren (Prz. Zach. 1947, S. 137), sind seither zweifellos Fortschritte erzielt worden. Da aber die Hauptschwierigkeit: der Mangel an Arbeitskräften nicht behoben werden konnte, erscheint der folgende Heimkehrerbericht durchaus glaubwürdig:

„Eine Fahrt durch die Kreise Südostpreußens zeigt einen bestürzenden Rückgang der Ackerfläche. Die Mehrzahl der Höfe ist völlig heruntergewirtschaftet; nur für die in Kolchose verwandelten Großgüter wird etwas getan... Die Behauptung, die

Arbeitskraft der vertriebenen Deutschen sei wieder ersetzt, hält der Prüfung nicht stand. Der Zehnjahrsplan zur Ertragssteigerung der Staatl. Landbetriebe enthält daher umfangreiche Landarbeiterverpflichtungen“ (Volksblatt, Dortmund, 24. 5. 1952). Über die staatlichen Landwirtschaften, die rd. 30 v. H. der Fläche bewirtschaften, besagt ein Bericht des Wojewodschaftskomitees der PZPR, Allenstein: „Noch liegen über 20 000 ha Acker brach. Ebenso gibt es noch bedeutende Flächen ungenutzter Wiesen und Weiden. Viehproduktion und Schaffung einer besseren Futterbasis wird auf den Staatsgütern vernachlässigt; ihre Milchproduktion liegt um $\frac{1}{3}$ unter dem Staatsdurchschnitt. Die Staatsgüter schlossen 1951 mit hohem Verlust ab; sie haben ihre Pläne nicht erfüllt, obwohl sie mit bestem Boden, auch lebendem und totem Inventar am besten ausgestattet sind“ (Dt. Wirtschafts-Zeitung, 30. 8. 1952).

Dazu stimmen durchaus weitere Mitteilungen über Verschilfung von Wiesen und Weiden, Schäden durch Ausfall der Drainage-Einrichtungen, die erst jetzt instandgesetzt werden sollen, beginnende Aufforstung erheblicher Flächen (Kahlschläge und geringe Ackerböden), schließlich aber auch die Meldungen über erhebliche Ernährungsschwierigkeiten — infolge der strengen Ablieferungsbestimmungen.

Nachrichten über die Notlage der städtischen Gewerbe (Handwerkermangel), Vernachlässigung der Verkehrswege und Schwierigkeiten bei den heute sämtlich eingleisigen Bahnen können dieses trübe Bild eines allgemeinen Tiefstandes der Wirtschaft nur abrunden; auch Meldungen über Erfolge beim Fremdenverkehr können, da sie wohl mehr politische Bedeutung haben, daran nur wenig ändern. Wohl aber paßt dazu die Nachricht (Prz. Zach. 1947, S. 1016), daß zeitweilig nahezu ein Drittel der Bevölkerung von der Sozialfürsorge betreut wurde, darunter die evangelischen Masuren und Deutschen von kirchlichen Hilfsmissionen des Auslandes (Dänen, Schweden, Quäker).

Um so auffälliger ist, daß nach der mühevollen Behebung der dringlichsten Mißstände der Wojewodschaft Allenstein im Sechsjahrsplan (1949—1955) bereits große Aufgaben gestellt werden. Es wird allerdings vorausgeschickt: „Die schwache Besiedlung der Wojewodschaft während des Dreijahrsplans (1947—49) gestattete keine volle Ausnutzung des verfügbaren Ackerbodens. Die Siedlungsaktion wurde durch erhebliche Zerstörungen der Gehöfte und Abneigung der Bauern zur Selbsthaftwerdung in dieser völlig abweisenden, fremden, bodenmäßig und klimatisch nicht sonderlich günstigen Region gehemmt. Daher die geringe Bevölkerungsdichte (35 Einw. je qkm) im Vergleich zu der fast doppelten Dichte des Landesdurchschnitts“ („Gospodarka Planowa“, Warschau 1951, S. 1280—1283). Wenn die Agrarerzeugung um 94 v. H. gegenüber 1949 gesteigert werden soll, und zwar durch Erhöhung der Ackerfläche bzw. Bewirtschaftung des Brachlandes, so ist das kaum mehr als lediglich eine erneute Bestätigung der bereits bekannten Tatsache, daß nach 8 Jahren noch immer erhebliche Nutzflächen ungenutzt sind.

Entsprechende Ziele werden der Viehzucht gesetzt. Die Zusammenstellung der Planziffern mit den Vorkriegsbeständen (errechnet für den Regierungsbezirk Allenstein ohne Krs. Lyck, aber zusammen mit den Kreisen Angerburg, Rastenburg, Pr. Holland, Mohrungen, Heilsberg und Braunsberg, Ostpr. Bl. 5. 2. 1951) ergibt folgendes Bild:

	1949	1955	1938
Fläche	19 300	19 300	16 400 qkm
Bevölkerung	580 000	580 000	823 825
Pferde	112 212	190 000	190 351
Rinder	230 507	535 000	503 903
davon Milchkühe	129 408	352 000	242 736
Schweine	229 000	620 000	714 890

Bei Verwirklichung dieser Pläne würden also, wenn man die um annähernd 20 v. H. vergrößerte Fläche berücksichtigt, die Vorkriegsleistungen dieses Gebiets noch keineswegs erreicht sein. Wenn aber der wirtschaftliche Rückgang vornehmlich eine Folge der Deutschenvertreibung war und der daraus sich ergebende Mangel an Arbeitskräften bisher nicht behoben werden konnte, da die Bevölkerung im wesentlichen unverändert bleibt, so muß man annehmen, daß diese Planziffern, wenn überhaupt, nicht so rasch erreicht werden.

Erwähnt seien noch, wenigstens in aller Kürze, die kulturellen Maßnahmen und Einrichtungen, über die von polnischer Seite nicht genug berichtet werden konnte, z. B. das neuerdings dem Posener West-Institut angeschlossene „Masuren-Institut“ („Instytut Mazurski“), das Allensteiner Museum (bis vor kurzem „Masuren-Museum“), die Volkshochschulen, die Hochschulkurse der Thorner Universität in Allenstein u. a. — Hier ist zu ergänzen, daß es sich bei diesen Einrichtungen weniger um Kultur als um Propaganda handelt, der im Rahmen der polnischen Maßnahmen ganz bestimmte Aufgaben zugewiesen sind, nämlich: die geistige Verbindung der reichlich durcheinandergemischten Neusiedler untereinander und mit der eingewohnten Bevölkerung, vor allem aber die Polonisierung der masurischen und deutschen Bevölkerung (Prz. Zach. 1946, S. 694—696). Über die Art, in der diese Aufgaben gelöst werden, ist wiederholt Klage geführt worden, ebenso auch über ihre schwachen Erfolge gerade dort, wo sie am meisten erstrebt werden. „Statt von Erfolgen, muß man immer noch erst von Notwendigkeiten reden... Es fehlt eine entsprechende Politik, welche die Bedürfnisse und Gewohnheiten der Autochthonen berücksichtigt“ (Prz. Zach., a. a. O.).

Besonders bedenklich erscheint der Abstand, den Allenstein — heute „Polens Schaufenster gegen Westen“ — immer stärker gegenüber der Provinz gewinnt: „Obwohl in den Kreisstädten 14 Gymnasien bestehen, entfallen fast 50% der Schüler der höheren Schulen auf Allenstein. In den anderen Städten werden die Lyzeen aufgelöst... in der Provinz überrascht uns gegenüber dem löblichen Bild, das Allenstein bietet, ein unangenehmer Kontrast: kulturelle Öde... Die dörfliche Kultur ist zur Zeit im Gesichtsfeld der entscheidenden Faktoren noch kein Problem. Dort dominieren materielle Existenzfragen“ (Prz. Zach. 1947, S. 1013—1016).

Solche Feststellungen stimmen durchaus mit deutschen Schilderungen überein. Hatte man also Bedenken, sich der Behauptung deutscher Flüchtlinge anzuschließen, Ostpreußen würde heute bei den dorthin entsandten Polen als „Land der Verbannung“ bezeichnet, so müssen sie nach diesem polnischen Geständnis entfallen. Danach ist Ostpreußen heute wirklich „ein verlassenes, totes Land“ (Ostpr. Warte Nr. 7, Juli 1952).

Rudolf Neumann